

**II- 968 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

**Nr. 569 I.J.**

**1987-06-22**

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport  
betreffend Fortsetzung der südafrikanischen Informationskampagne  
an österreichischen Schulen

Aus Berichten betroffener Schüler, Lehrer und Eltern konnte  
in den vergangenen Monaten auf eine Fortsetzung der südafrikanischen  
Informationskampagne an österreichischen Schulen geschlossen werden.

Mehrfach ist demnach Angehörigen der Südafrikanischen Botschaft  
in Wien oder ihr nahestehenden österreichischen Kreisen Gelegenheit  
zur Darstellung und Verteidigung der vom gegenwärtigen südafrikanischen  
Regime durchgeführten Apartheidspolitik im Rahmen des Unterrichts  
gegeben worden, ohne dass in jedem Fall eine zureichende fachliche  
und didaktische Vorbereitung der Schüler erfolgt ist. Nach wie  
vor werden Schulen von einem privaten "österreichischen FilmService"  
in Wien IV. gratis "Informationsfilme" angeboten, die sich in Inhalt  
und Gestaltung völlig mit der Ausrichtung der südafrikanischen  
Auslandspropaganda decken. Ebenso erhalten Schulen und Lehrer  
weiterhin aufwendig gestaltete Broschüren und Zeitschriften zuge-  
sandt, deren Zielsetzung offensichtlich in der Verschleierung der  
mit dem System der Apartheid gegebenen Regierung der Menschenwürde  
von nicht-weissen Südafrikanern gelegen ist.

Zu besonderer Empörung hat in der Öffentlichkeit ferner der  
Umstand geführt, dass als erster Preis des Fremdsprachenwettbewerbs  
des Landesschulrats für Niederösterreich im Fach Englisch eine  
dreiwöchige Flugreise nach Südafrika für zwei Personen, gestiftet  
von den South African Airways und überreicht vom Kulturattaché  
der südafrikanischen Botschaft, vergeben wurde.

Die Fortsetzung der Propagandatätigkeit der südafrikanischen  
Botschaft an österreichischen Schulen muss gerade in einem Zeitpunkt  
als besonders unpassend angesehen werden, in dem der Weltöffentlich-  
keit trotz der von der Regierung Südafrikas verhängten Nachrichten-  
sperre immer mehr Details über die erschütternden und inhumanen  
Auswirkungen des seit 12. Juni 1986 herrschenden Ausnahmezustandes  
bekannt werden. Es ist geradezu als eine Verhöhnung der etwa

- 2 -

zehntausend ohne Prozess inhaftierten Kinder und Jugendlichen Südafrikas anzusehen, wenn der Versuch unternommen wird, Südafrika österreichischen Kindern und Jugendlichen ausschliesslich als "Tierparadies" oder "Rohstoffpartner" nahezubringen.

Die Zielsetzung der österreichischen Schule schliesst die Vermittlung von Wertvorstellungen auf rassistischer oder nationalsozialistischer Grundlage eindeutig aus. Insbesonders bekennt sich der 1978 erlassene "Grundsatzerlass Politische Bildung" in besonderem Mass zur Vermittlung von Grundwerten wie "Friede, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit"; der Unterricht soll ferner die "Fähigkeit und Bereitschaft fördern, für unantastbare Grundwerte, wie Freiheit und Menschenwürde, einzutreten". Angesichts der völkerrechtlichen Beurteilung der Apartheidspolitik Südafrikas als eines "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" muss die Fortsetzung der südafrikanischen Propagandakampagne an Schulen als im Widerspruch dazu stehend angesehen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport die nachfolgende

#### A N F R A G E

- 1) Welche Massnahmen wurden in letzter Zeit seitens Ihres Ministeriums in Anbetracht der fortgesetzten Propagandakampagne Südafrikas an österreichischen Schulen gesetzt?
- 2) Wie beurteilen Sie die vom Landesschulrat für Niederösterreich gewählte Vorgangsweise betreffend die erwähnte Preisvergabe beim Fremdsprachenwettbewerb?
- 3) Werden Sie Massnahmen im Bereich der Lehrerfortbildung setzen, um eine wissenschaftlich korrekte und an den Menschenrechten orientierte Darstellung der Südafrika-Problematik im Unterricht zu erleichtern?
- 4) Ist seitens Ihres Ministeriums die Überprüfung von - approbierten und nicht-approbierten - Unterrichtsbehelfen und - materialien auf apartheidfreundliche, rassistische oder fremdenfeindliche Inhalte bzw. gegebenenfalls die Erarbeitung neuer Unterrichtsbehelfe in Aussicht genommen?